



Uwe Schummer
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73484

FAX: (030) 227 – 76992

E-Mail: uwe.schummer@bundestag.de

Homepage: www.uwe-schummer.de

22. Februar 2008

Uwe Schummer MdB: Mehr Geld für Lärmschutz

Verschleudert die Deutsche Bahn AG mit ständig höheren Planungskosten Millionenbeträge des Bundes? Vor dem Hintergrund eines Investitionsstaus für Lärmschutzprojekte an Bahngleisen von 20 Jahren hat der Bundestagsabgeordnete Uwe Schummer eine Parlamentarische Anfrage gestellt, um zu erfahren, ob die jährlich vorhandenen 100 Millionen Euro des Bundes auch zielgerichtet eingesetzt werden. So sind laut Angaben des Bundesrechnungshofes im Jahr 2003 noch 49 Millionen Euro aus dem damals mit 51 Millionen Euro dotierten Lärmsanierungsprogramm in Baumaßnahmen geflossen. 2006 waren es nur noch 35 Millionen Euro, obwohl der Bund die Mittel auf 76 Millionen Euro erhöht hatte, und 2007 waren es nur noch 30 Millionen Euro, obwohl die Mittel auf 100 Millionen Euro weiter aufgestockt wurden. Der Unionsabgeordnete fordert eine Deckelung der Planungs- und Verwaltungskosten, damit mehr Gelder in konkrete Projekte fließen. Dies sichert die Bundesregierung in einer Antwort auf die Parlamentarische Anfrage nun zu. Sie bestätigt die Information und teilt mit, dass „aufgrund einer Abstimmung zwischen dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung und dem Vorstand der DB AG der Planungs- und Verwaltungskostenanteil bei Lärmsanierungsmaßnahmen auf 18 % festgelegt“ wurde. Dies soll rückwirkend auch für die Jahre 2004 bis 2007 gelten.

In einer weiteren Antwort auf die Parlamentarische Anfrage des nordrhein-westfälischen Bundestagsabgeordneten Uwe Schummer zum Lärmschutz erklärt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Achim Großmann MdB, dass durch „hochabsorbierende Oberflächen auf der dem Lärm zugewandten Seite Lärmschutz städtebaulich besser angepasst werden soll.“ In Folge des Verkehrslärmschutzpaketes der Bundesregierung sollen zügig leise Bremssohlen und die Einführung eines emissionsabhängigen Trassenpreissystems durchgesetzt werden. Das Bundesverkehrsministerium kündigt weiter an, diese Themen mit der Europäischen Kommission in Brüssel zu verhandeln. Auf Initiative der CDU des Kreises Viersen hatte auch der Europaabgeordnete Karl-Heinz Florenz mit der Europäischen Volkspartei (EVP) ein Lärmschutzpaket im Europäischen Parlament eingefordert. Uwe Schummer: „38 % der Güterlokomotiven kommen aus dem europäischen Umland. Der wirtschaftliche Vorteil alter Krawall-Lokomotiven muss beseitigt werden. Nur so steigt die Akzeptanz der Bevölkerung für einen verstärkten Gütertransport über die Schiene.“+++

Die ausführlichen Antworten können unter obiger Telefonnummer angefordert werden.

PRESSMITTEILUNG